

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

27.8.1931 (No. 198)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Karlstraße  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3615

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Krenn,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. Postgeb. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bezogen. Bei Klagen über die Redaktion, die Redaktion ist für die Redaktion der Zeitung verantwortlich. In Fällen von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Verletzung im eigenen Betrieb oder in dem unterer Dienstleistungen, hat der Abonnent keine Ansprüche. Falls die Zeitung verlagert, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint, — für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Kompetenzen des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48

Bei Ausübung der ihm auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse ist der Reichspräsident, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, an die normale verfassungsmäßige Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Reich und Ländern nicht gebunden. Er bereinigt also auf Grund des Art. 48 ebenfalls die Zuständigkeit sowohl des einfachen Reichsgesetzgebers wie auch des Landesgesetzgebers in sich. Soweit er hiernach Maßnahmen trifft, die sonst zur Zuständigkeit des Landesgesetzgebers gehören, geben sie abweichenden Bestimmungen des Landesrechts vor. — Artikel 48 verlangt nicht, daß der Reichspräsident alle Maßnahmen, die er zur Wiederherstellung der gestörten oder gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung für nötig hält, selbst trifft. Es ist vielmehr anerkanntes Recht, daß dem Artikel 48 Genüge getan ist, wenn der Reichspräsident die Richtung der von ihm für nötig erachteten Maßnahmen in bestimmter Weise umgrenzt und zu ihrer Durchführung im einzelnen andere Stellen ermächtigt.

### Dr. Brüning empfängt Eugenbers

Wie wir erfahren, wird der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Eugenbers, am Donnerstagnachmittag vom Reichskanzler empfangen werden. Von diesem Besuch war bekanntlich bereits vor 14 Tagen die Rede im Anschluß an den Empfang Eugenbers durch den Reichspräsidenten. In politischen Kreisen wird betont, daß man hinter diesem Besuch keineswegs wieder eine bevorstehende Umbildung der Regierung vermuten dürfe. Es wird darauf hingewiesen, daß der Kanzler auch in Stuttgart eine solche Umbildung ausdrücklich abgelehnt hat. Es ist selbstverständlich, daß der Kanzler sich über die Ansichten informiert, die in den der Regierung rechts und links benachbarten Parteien herrschen, ohne daß man daraus irgendwelche Folgerungen zu ziehen braucht.

In einer Sitzung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde festgestellt, daß trotz aller Verheißungen der Reichsregierung nicht die geringsten Anzeichen erkennbar sind, daß sich die Lage der Landwirtschaft unter dem Regiment Brüning-Dietrich-Schiele bessern werde. Insbesondere wurde festgestellt, daß neben den weit hinter den Selbstkosten liegenden Preisen für Getreide, Kartoffeln, Holz und dergleichen jeder ernsthafte Versuch zur Rettung der Kleinlandwirtschaft und der Viehzucht durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft zu vermissen ist. Während die Regierung durch die verschiedenen Notverordnungen die Lage einzelner Erwerbszweige zu beeinflussen gesucht habe, bleibe die Landwirtschaft außer Stande, ihren Verpflichtungen gegen Gläubiger und landwirtschaftliche Arbeiter nachzukommen. Es sei nur der Disziplin der Landwirte zu verdanken, daß die agrarfeindlichen, auf völlige Zerstörung des Getreidemarktes zielenden Forderungen der Breunerkasse und der von ihr abhängigen Stellen (Abbedung der Wechsel in der Zeit der besonderen Krise) nicht zum Ziele geführt haben. Die gegebenen Möglichkeiten zur Verhinderung unnötiger Einfuhr agrarischer Produkte seien ungenutzt gelassen worden. Weiter wurde betont, daß die Regierung Brüning-Schiele mit der Erhöhung der Zuckersteuer eine schädliche Belastung des deutschen Konsums und zugleich einer wichtigen deutschen Produktion vorgenommen habe.

### Reichskanzler Dr. Brüning über die Frage der Zollunion

Verschiedene Berliner Abendblätter geben eine Unterredung wieder, die Reichskanzler Dr. Brüning dem Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbüros gewährt hat. Der Reichskanzler bedauerte, daß man dem Plan der Zollunion im Ausland eine politische Bedeutung beigelegt habe, die er nicht besitze. Wenn das Haager Urteil für Deutschland günstig ausfällt, so werde die Welt erkennen, daß Deutschland das Weltproblem der Zölle der Lösung einen Schritt nähergebracht habe.

### Der Weg der Selbsthilfe der Industrie

In der „Köln. Ztg.“ veröffentlicht Dr. Herle, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, eine Inhaltsdarstellung des Wirtschaftsprogramms, das der Reichsverband dem Reichskanzler vor einigen Tagen übergeben hat. Die Ausführungen tragen die Überschrift „Der Weg der Selbsthilfe“. Sie gehen davon aus, daß trotz der Empfehlungen des Rayton-Berichts man sich nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, daß Deutschland auf absehbare Zeit doch auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen sei. Im Mittelpunkt des Selbsthilfeprogramms müsse die organische Umgestaltung der Selbsthilfen im Sinne einer möglichst weitgehenden Herabdrückung der Selbstkosten und eine Anpassung aller Leistungsbeiträge an das gegenwärtige Wirtschaftsvolumen stehen. Dieser Grundgedanke sei auf sämtliche Faktoren anzuwenden, auf die öffentliche Hand, die sozialen Belastungen, auf Löhne und Gehälter. Daneben spielten aber auch die Kreditkosten eine besondere Rolle, und schließlich seien vor allem auch noch die Verkehrs- und die Tarife der kommunalen Versorgungsbetriebe zu nennen. Auf allen diesen Gebieten seien durchgreifende Entschlüsse notwendig. Es gebe, wenn ein völliger Zusammenbruch der Wirtschaft noch abgemindert werden soll, nur den Weg durch eine einschneidende Verringerung der Ausgaben und der Aufgaben aller Teile des Verwaltungsapparates mit größter Beschleunigung den Steuerdruck um mindestens zwei Milliarden zu mildern.

### Letzte Nachrichten

#### Das Reichskabinett zur Völkerverbundstagung Die Russlandpolitik

BRN. Berlin, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der — wie bereits anfangs der Woche angekündigt — die Fragen besprochen werden, die mit der bevorstehenden Völkerverbundstagung zusammenhängen. Der deutschen Delegation werden diesmal, im Gegensatz zu früher, keine Parlamentarier angehören; Dr. Curtius wird vielmehr, außer von den Beamten der Delegation nur von Prof. Mendelssohn-Bartholdy und dem Bankier Melchior begleitet sein. Es ist wohl anzunehmen, daß in den Genfer Gesprächen auch die Reparationsfrage weiter vorwärtsgebracht werde. Das geht ja schon allein aus der Teilnahme Melchior's hervor, der als Vertreter Deutschlands dem Völkerverbundtagungsausschuß angehört. Natürlich berichtete Dr. Curtius dem Kabinett in diesem Zusammenhang auch im einzelnen über die Fragen der Russlandpolitik, die bei der Anwesenheit Litwinows in Berlin besprochen werden dürfen. Dazu ist zu bemerken, daß sich nach den jetzt vorliegenden authentischen Meldungen die bisherige deutsche Auffassung von den polnisch-russischen Verhandlungen bestätigt. Polen hat in seinem Vorschlag die Vielheit der Vorschläge zusammengefaßt, die in den letzten 5 Jahren von Zeit zu Zeit aufgetaucht sind, und dieser Vorschlag ist von Russland rundweg abgelehnt worden. Damit entfällt jeder Grund zu irgendeiner Beurlaubung über diese Dinge. Es ist gewiß zu erwarten, daß Litwinow den Reichsaußenminister morgen noch näher über die Einzelheiten informieren wird, wie es im Rahmen des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages ja selbstverständlich ist. Dr. Curtius wird dann am Samstagabend, ebenso wie Litwinow, nach Genf reisen.

#### Die Ernennung Francois Boncets

BRN. Paris, 27. Aug. (Tel.) Das „Journal officielle“ veröffentlicht heute das Ernennungsdekret Francois Boncets zum Botschafter in Berlin, und das Abberufungsdekret des bisherigen Botschafters in Berlin, de Marguerie.

#### Die erste Sitzung des neuen englischen Kabinetts

BRN. London, 27. Aug. (Tel.) Bei der ersten Sitzung des neuen Kabinetts am Mittwochnachmittag wurde, Blättern zufolge, eine Anzahl Unterabteilungen ernannt, von denen jeder eines der bestehenden dringenden Probleme behandeln soll. Sie werden dem Kabinett sobald als möglich Bericht zu erstatten haben. Ferner wurde grundsätzlich beschlossen, alle noch in der Schwebe liegenden umstrittenen Gesetzesvorlagen, wie die Vorlage über die Sonntagsvorstellungen in Kinos, fallen zu lassen.

Macdonald will für das Wochenende nach seiner schottischen Heimat reisen, um sich von den Strapazen der letzten zwei Wochen zu erholen. Er wird also der Sitzung der Arbeiterpartei nicht beiwohnen, sondern sich lediglich mit einem an die Mitglieder der Partei gerichteten Brief begnügen.

Das Sparprogramm der neuen Regierung ähnelt in seinen wesentlichen Grundzügen demjenigen, das zum Sturz des Labour-Kabinetts führte. Der größte Teil des Defizits soll durch Einsparungen, Kürzungen der Bezüge der Arbeitslosen, Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Kürzung der Gehälter der Staatsbeamten aufgebracht werden.

Der ehemalige Botschafter in Paris, Lord Crewe, der der Liberalen Partei angehört, ist zum Kriegsminister der neuen nationalen Regierung ernannt worden.

BRN. London, 27. Aug. (Tel.) Auf der gemeinsamen Sitzung des Generalrates des Gemerkschaftsbundes, des nationalen Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei und des beratenden Ausschusses der parlamentarischen Arbeiterpartei wurde eine Entschließung angenommen, die das Vorgehen der Minister der letzten Regierung billigt, die abgelehnt haben, die neue Regierung zu unterstützen. Sie empfiehlt der parlamentarischen Arbeiterpartei, sich als offizielle parlamentarische Opposition zu konstituieren.

#### Das neue ungarische Kabinett vor dem Parlament

BRN. Budapest, 27. Aug. (Tel.) Das neue Kabinett hat sich heute dem Parlament vorgestellt. Ministerpräsident Graf Karolyi betonte, die Regierung erachte es als ihre dringende Aufgabe, die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes sobald wie möglich in Ordnung zu bringen. Zu diesem Zweck bedürfe es der größten Sparsamkeit. Die Regierung werde dafür sorgen, daß in notleidenden Gegenden genügend Brot und Saatgut zur Verfügung stehe und mit allen Mitteln die öffentliche Ordnung und die Rechtssicherheit wahren.

Verfahren gegen Drewig eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat das gegen den bisherigen Führer der Wirtschaftspartei, Drewig, wegen Unterschlagung und Bilanzfälschung eingeleitete Verfahren eingestellt.

### \* Des Kanzlers Politik

Von neuem hat sich Reichskanzler Dr. Brüning in einem Presse-Interview über die Weltwirtschaftskrise und seine eigenen politischen Gedanken und Pläne geäußert. Und wieder muß man den Eindruck gewinnen, daß hier ein klarer und überragender Kopf zu uns spricht, daß hier über die wichtigsten Probleme unserer Zeit Betrachtungen angestellt werden von einem Manne, der sich in aller Ruhe und Besonnenheit auf Grund genauester Informationen seine Urteile bildet und dabei gänzlich frei ist von vorgefaßten Meinungen und Doktrinen.

Auch Dr. Brüning ist der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise noch nicht an ihrem Ende angelangt sei, ja, daß sie sich womöglich noch verschärfen werde. Und zwar deshalb, weil eben die Kaufkraft der wirtschaftlich geschwächten Länder immer weiter sinkt, und mit einer allgemeinen Beschränkung des Produktionsapparates in der ganzen Welt zu rechnen ist. Abgleitende Preise des internationalen Marktes sind die Folge dieser ganzen Entwicklung. Notwendig ist es also, die Kaufkraft der wirtschaftlich geschwächten Länder, so auch Deutschlands, wieder zu stärken und im übrigen in gemeinsamem, engen Zusammenwirken alles zu tun, um die Opfer der großen Krise in ihrer Existenz zu erhalten und eine weitere Unrentabilität der Wirtschaft zu verhindern. Natürlich sind nicht wir allein die wirtschaftlich Geschädigten. Andere Völker, zumal solche in fremden Erdteilen, sind gleichfalls in ihrer Kaufkraft geschwächt und fallen sonach auch für uns als Abnehmer aus.

Was die Zukunft der Reparationen anlangt, so hängt sie von den Vereinigten Staaten ab. Doch ist nach des Kanzlers Ansicht von dort keine entscheidende Wendung zu erwarten, bevor das Bundesparlament im Dezember zusammengetreten ist. Mit Frankreich will sich Dr. Brüning in erster Linie über wirtschaftliche Fragen (Zölle und internationale Kartelle) einigen. Sollte das Haager Urteil in Sachen der Zollunion für uns günstig ausfallen, so bleibe Deutschland nach wie vor bereit, mit anderen Ländern über ähnliche Zollunionen zu verhandeln, und sehe gerne Vorschlägen für eine konstruktive Lösung der ganzen Frage entgegen. Das ist sehr klug und vorsichtig gesprochen. Der Kanzler gibt unseren Standpunkt nicht im mindesten preis, befürchtet aber gleichzeitig unseren ernstesten Willen, auch diese Streitfrage im Benehmen mit den anderen Regierungen aus der Welt zu schaffen, und zwar am besten auf dem Wege praktischer Verhandlungen über die Ausdehnung der Zollunion auf Deutschland und andere Länder.

In der Angelegenheit des Panzerkreuzers B hat der Kanzler betont, daß man diese Angelegenheit nicht zum Gegenstand internationaler Erörterungen machen dürfe. Deutschland bleibe streng im Rahmen der Friedensvertragsbestimmungen und ersehe allmählich seine veralteten Kriegsschiffe. Solange wir im Rahmen der Vertragsbleiben, besteht also für andere Mächte gar keine Veranlassung, sich in diese Sache einzumischen.

Die Situation in Deutschland betrachtet Dr. Brüning nach wie vor als sehr ernst. Der kommende Winter werde mehr Schwierigkeiten bieten, als man seit einem Jahrhundert erlebt hat. Dennoch ist Dr. Brüning, was Deutschland betrifft, voller Vertrauen. Denn das deutsche Volk habe gerade in den furchtbar kritischen Tagen des Juli gezeigt, welches Maß von Selbstherrschung es besitzt, wenn es einmal die Notwendigkeit erkannt hat, ruhig Mut zu bewahren und dadurch Schlimmeres zu verhüten.

Von neuem hat der Kanzler auf die Notwendigkeit weiterer Ersparnisse hingewiesen und dabei speziell an die Finanzen der Einzelstaaten und der Gemeinden gedacht. Die neue Notverordnung „Zur Sicherung der Haushalte“ gibt ja nunmehr sämtlichen Landesregierungen das Recht, von sich aus dafür zu sorgen, daß in den Gemeinden jene Sparpolitik bis ins einzelne verwirklicht wird. Nach den Richtlinien der Reichsregierung werden Tarifverträge mit Arbeitern und Angestellten durch die neueste Notverordnung nicht berührt, weil sie ja doch alle in kurzer Zeit ablaufen und dann unter Berücksichtigung der finanziellen Notlage der Gemeinden und der Länder erneuert werden müssen. Dagegen fallen alle Einzelverträge unter die Notverordnung. Und ebenso ist die Möglichkeit gegeben, die Gehälter der Beamten nicht nur auf den derzeitigen Stand der Reichsbeamtengehälter zu bringen, sondern noch darüber hinaus zu kürzen, wie das

1931

Bereit, nicht et. it. fhaus all zu eliene boten, eines fünf- s das h bei ndern Zeit in es mit einer

lan- eine, zu- so- noch

Nats badi- mehr erlag im folge rien- kur- ber auch chend feres sei- tim- des und urch- icht- die

die Er- dem tiefst igen e- setzung schul- tigen Ein- auch, und igen

ten, ten- ter- sichts- bul- und fte, de, die

unt der unt der Hö- Be- zür- ighen den mer er- uf- und

tz- ist der bi- em- ante, und Be- ert- ilre- Die ent in- sch- die- ma- sch- st-



ja durch das badische Notgesetz bei den badischen Staatsbeamten bereits geschehen ist.

Was die Schaffung einer Reichsaufsicht über die Banken anlangt, so soll sie lediglich dazu dienen, die Wiederholung der früheren Mißgriffe zu verhüten. Im übrigen denkt die Reichsregierung, wie Dr. Brüning ausdrücklich betonte, nicht im mindesten an die Möglichkeit eines staatskapitalistischen Systems. Jedoch ist das Kabinett entschlossen, die Kartellpreise in Deutschland im Winter zu senken, und unter Umständen werde die Regierung nicht davor zurückzusehen, die Kartelle überhaupt zu liquidieren. Bekanntlich liegen diese Kartellpreise vielfach über den durch die allgemeinen Weltpreise gerechtfertigten Sätzen.

#### Der Empfang des „Do X“ in den Vereinigten Staaten

NEW YORK, 26. Aug. (Priv. Tel.) Von unserem nach Norfolk entsandten Berichterstatter wird uns eine Schilderung über den Empfang des „Do X“ und die Pläne, die man mit ihm verfolgt, gebracht. Wir entnehmen dieser Schilderung folgendes: Deutschlands erste Flugjacht „Do X“ liegt im Norfolk Harbor verankert. Auf allen Zufahrtstrecken stehen sich lange Schlangen von Automobilen. Die Hafenleitung stellte Motorboote und Pinassen zur Verfügung, um die Schaulustigen zum „Do X“ zu bringen. Tausende muhten jedoch abgewiesen werden. Inzwischen haben zwei prominente Luftbootpassagiere zu Millionen amerikanischen Hörern im Rundfunk gesprochen.

Morgen werden Passagiere und Mannschaften mit dem „Do X“ nach New York fahren und dort im Hafen 4 Tage vor Anker bleiben, damit festgestellt werden kann, ob die Beschaffenheit der Motore, die 300 Flugstunden hinter sich haben, es gestattet, noch schnell am Luftfahrtkongress in Cleveland teilzunehmen. Die Motore werden dann abmontiert und gründlich überholt werden. Während dieser Zeit sollen Verhandlungen über das weitere Schicksal des Flugjoches geführt werden. Man trägt sich, da nach dem hiesigen Luftgesetz eine fremde Firma in Amerika keinen Luftverkehr betreiben darf, mit dem Gedanken, den „Do X“ an die amerikanische Luftreederei zu verchartern, zum Beispiel für kurze Flüge zwischen Miami und Havana. Dornier, der Bruder des Erbauers, sagte mir, er sehe die vergangenen Monate seit dem September vorigen Jahres nicht als verloren an, da man große Erfahrungen auf dem Gebiete der Luftfahrt gesammelt habe, wenn auch die Firma Dornier starke finanzielle Opfer habe bringen müssen. Man hofft, den Amerikanern die Vorteile des „Do X“, die auf dem Gebiete größerer Bequemlichkeit und Sicherheit liegen, dargetan zu haben und rechnet mit Aufträgen zum Bau von Großflugbooten.

#### Wildwest in einem französischen Badeort

Aus Toulon meldet der „Petit Parisien“, daß in dem Badeort Guagno les Bains, 54 Kilometer von Ajaccio entfernt, ein Banditenüberfall sich ereignete. Der berühmte Bandit Cabigliotti, der seit mehreren Jahren in den Bergen von Korsika umherstreifte, erschien mit seinen beiden Neffen, bis an die Zähne bewaffnet, in einem großen Hotel des Badeortes und verlangte die Auszahlung von 10 000 Franken, da sie sonst das Hotel in Brand stecken und ein Blutbad anrichten würden. Der Direktor versprach die Beschaffung der Summe, verbarrikadierte aber das Hotel und forderte seine Gäste auf, in den Zimmern zu bleiben. Einer der Gäste, der das Fenster öffnete, wurde erschossen. Die Räuber begaben sich hierauf nach einem andern Hotel, dessen Direktor ihnen sofort 5000 Franken aushändigte. In einer Pension erhielten sie vom Besitzer 3000 Franken. Schließlich erschienen die Banditen in einem vierten Gasthaus, wo sie 4000 Franken verlangten. Der Direktor, der diese Summe nicht zur Verfügung hatte, ging mit den Räubern von Zimmer zu Zimmer, um bei den Gästen zu sammeln. Hierauf traten die Banditen den Rückzug an, nicht ohne auf der Straße noch einige Badegäste unter Drohung des Schmutzes und des Geldes zu berauben. — Noch am Abend desselben Tages leerten sich die Hotels in Guagno les Bains. Die Verfolgung der Räuber wurde aufgenommen.

#### Kleine Chronik

In München ereignete sich letzte Nacht ein grauenhaftes Verbrechen. In der Lohstraße wohnten in einer sogenannten Herberge der 49 Jahre alte, ledige Hilfsarbeiter Walter, in einem Zimmer der gleichen Wohnung die Eheleute Wimmer. Am Donnerstag früh wurde Frau Wimmer mit eingeschlagenem Schädel am Fuße der Treppe, die zu der Herberge führt, tot aufgefunden. Walter lag mit durchschnittener Kehle in seinem Zimmer. Wie angenommen wird, hat er die Wimmer mit einem Beil erschlagen, dann über die Treppe hinabgestoßen und hierauf Selbstmord verübt. Die Gründe der Tat sind noch nicht bekannt.

Ein Überfall auf einen Geldbrieffräger wurde in Breslau in einem Gartenhause verübt. Die Täter schlugen dem Postbeamten mit einem Hammer auf den Kopf, doch wurde durch die Mäße der Schlag so abgeschwächt, daß er nur eine geringfügige Verletzung herbeiführte. Der Geldbrieffräger setzte sich energisch zur Wehr; auf seine Silberseife flohen die beiden Täter unter Zurücklassung ihrer Mäntel und Hüte.

Der „Main“ berichtet aus Lille: Auf dem Grenzbahnhof Comines schoß beim Eintreffen eines Zuges aus Lille ein vom Wahn sinn befallener belgischer Metzger namens Eugen Vanlove mit einem Jagdgewehr und einem Revolver in die Menge der Reisenden. Ein Eisenbahnangestellter wurde getötet, ein Zollbeamter, der den Wahnsinnigen entwarfen wollte, schwer verletzt. Ferner wurden fünf weitere Personen von den Schüssen getroffen. Der irrsinnige Metzger konnte schließlich durch Polizisten überwältigt werden. Er erklärte, die ganze Welt verfolge ihn, und er habe geschossen, um sich zu verteidigen.

Heinrich Grünfeld †. Professor Heinrich Grünfeld, der berühmte Cellist, ist in Berlin gestorben. Heinrich Grünfeld war seit längerer Zeit an den Folgen einer Arterienverkalkung, die sich in heftigen Herzbeschwerden auswirkte, erkrankt. Er war in Prag geboren und hatte am 21. April seinen 76. Geburtstag gefeiert.

Auffindung handschriftlichen Notenmaterials der Jbhigenie von Aulis. In Zürich fand Professor Max Fehr das handschriftliche Notenmaterial von Richard Wagners Schluss der Overtüre zur „Jbhigenie von Aulis“, von Claud. Es stellte sich heraus, daß diese erste Fassung des Schlusses sowohl in der Komposition als in der Instrumentierung abweicht von der von Wagner selbst ein Vierteljahr nach der Uraufführung 1854 besorgten Ausgabe, die in die Konzertsprache übergegangen ist. So hatte Wagner z. B. von der Mozartschen Bearbeitung der Overtüre zunächst die drei Rosanen übernommen, die er nachher fallen ließ.

#### Der 10. Deutsche Katholikentag

Am geistigen Mittwochabend um 20 Uhr wurde im großen Rathhaussaal zu Nürnberg der Vertretertag der 70. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands von Fürst Alois zu Löwenstein eröffnet. Der Redner des Abends, Prälat Dr. Kreuz (Freiburg i. Br.), sprach über „die Räte der Gegenwart und ihre Überwindung im Geiste der heiligen Elisabeth“. Die heilige Elisabeth, so führte er u. a. aus, lebe noch heute im deutschen Volke und befruchte das deutsche Volkstum. Für uns heiße das Gebot, nichts unversucht zu lassen, um ein Abgleiten unseres Volkes zu verhindern und seine Not von innen heraus zu überwinden.

Auf die Nürnberger Adresse an den Papst, in der u. a. erwähnt wird, daß es das Ziel der jetzigen Tagung sei, gemeinsam zu besprechen und zu beraten, wodurch Volkswohl, Volkstum und Volkswirtschaft den päpstlichen Weisungen gemäß Besserung, neue Aufrichtung und Festigung erfahren können, ist vom Papst ein Glückwunschschreiben eingegangen, in dem er der Tagung einen glücklichen Verlauf wünscht und der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß der Katholikentag für die katholischen Gemeinden, die sich über das ganze Reich erstrecken, die reichsten Früchte bringen werde. Eine Hoffnung des Papstes auf das Gelingen der Bestrebungen, sei in dieses Jahr fallende 700jährige Gedächtnisfeier der heiligen Elisabeth. Der Glückwunsch schließt mit dem apostolischen Segen.

Zu gleicher Zeit tagte in Nürnberg auch der Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse. Hierbei beschäftigte sich Chefredakteur Gasler, Bochum, mit den Aufgaben der katholischen Presse, während Verbandsdirektor Dr. Kedeis, Freiburg, vom Standpunkt des Auslandes die Lage der katholischen Presse erörterte. Verleger Klages, Bochum, erwiderte, daß man der Konzentrationsbewegung im Zeitungswesen gegenüberstehe, wenn sie gesündere Presseverhältnisse anbahne.

#### Sorderungen der freien Gewerkschaften

Der Führer des freigezwecklichen Afa-Bundes, Aufhäuser, richtet im „Vorwärts“ eine Reihe von Forderungen an die Reichsregierung. Es werde nicht mehr verstanden werden können, wenn durch den Kurs der Reichsfinanzpolitik weiter einseitig Lasten auf die arbeitenden Schichten abgewälzt werden sollen. Der Umbau der Kreissteuer wäre jetzt fällig. Mögliche Einnahmemeinungen aus Staatsmonopolen, wie Tabakmonopol, Benzinmonopol, müßten bei der herrschenden Finanznot erschlossen werden. Ebenfalls müßten die be- zugsgegenwärtigen Absichten zur Sanierung der Gemeinden befriedigen. Da die Gemeindefinanzen in der Hauptsache auf die Wohlfahrtsverbandslostenlasten zurückzuführen sei, so könne sich das Reich seiner Pflicht zur Beihilfe nicht länger entziehen. Die Ersparnisse aus dem Hoover-Plan müßten mit zur Sanierung der Gemeinden verwandt werden. Es sei an der Zeit, daß die Reichsregierung den sozialdemokratischen Vorschlag über die Neugestaltung der Arbeitslosenhilfe, der bereits bei der letzten Etatberatung des Arbeitsministeriums im Reichstag als Entschliesung angenommen worden war, wieder aufgreife. Er besage, daß unter Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung lediglich die Krisenfürsorge und Wohlfahrtsverbandslostenlasten zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge vereinigt, vom Reich, den Ländern und Gemeinden gemeinsam finanziert werden sollen.

#### Scharfe Sparmaßnahmen der Stadt Berlin

Eine Konferenz des Berliner Magistrats und der Vorsteher der Bezirksämter sowie eine anschließende Magistrats- scheidung beschäftigten sich mit den in der Berliner Verwaltung durchzuführenden Notmaßnahmen. Es bestand die allgemeine Auffassung, daß eine fruchtbare Ausgabenminderung nur durch eine straffere Organisation der Verwaltung, scharfe Arbeitsteilung und Abbau jeder unnötigen Behördenarbeit möglich ist. Die sofortige Einschränkung der städtischen Ausgaben erstreckt sich auf alle Betätigungszweige der Stadt. Die Mitglieder des Magistrats und die Vorsteher der Bezirksämter haben sich bereit erklärt, über die Bestimmungen der Notverordnung hinausgehend, während der Dauer der Wirtschaftskrise auf 20 Proz. ihres Gehalts zu verzichten. Im Arbeitsbereich des Tiefbauamtes werden die im Etat vorgesehenen Mittel um mehrere Millionen Reichsmark gekürzt, die Inangriffnahme aller Hochbauten werden unterbleiben, die einmaligen Ausgaben des Haushaltsplanes werden gespart. Bei den höheren Lehranstalten wird die Staffelfung des Schulgeldes nach dem Einkommen aufgehoben. An ihre Stelle tritt das in den übrigen preussischen Schulen übliche System der Freistellen. In allen Schulstufen wird die Klassenzahl verringert. In der Wohlfahrtspflege werden die Ergänzungsleistungen eingeschränkt. Ingesamt erwartet der Magistrat von seinen Einschränkungsmassnahmen eine Gebühminderung des Haushaltsbedarfs um 25 bis 30 Millionen Reichsmark für den Rest des Jahres.

#### Zeitschriftenbau

Atlantis — Länder, Völker, Reisen. Herausgeber Dr. Martin Hürlimann (Atlantis-Verlag, Berlin). — Das August-Heft von Atlantis wird durch einen Aufsatz von Hilaire Belloc „Der Augenöffner“ eingeleitet, der uns mahnt, mit offenen Augen zu reisen und die Vorurteile, die man über ein Land durch falsche Berichte bekommt, zu vergessen. Dann fahren wir mit Balder Olden auf dem Nil durch den Sudan, wozu Nennemann und Bernagel die eindrucksvollen Bilder beigetragen haben. Besonders verblüffend sind die prächtigen Photos Lub Hecks von einer Tierfangexpedition, die er für den Berliner Zoo unternahm, wozu er über die besonderen Schwierigkeiten beim Fang der Giraffen berichtet. Vittorio Tedesco Zammarano erzählt eine Legende über die Entstehung der Giraffen, die er mit vieler Mühe und Hilfe von Dolmetschern aus der Ursprache überfetzt hat. Erwin Regold zeigt an Hand von Photos, welche merkwürdigen Pflanzengebilde in der fernsten Wüste Namib gedeihen, während die auf vier Tiefdrucktafeln wiedergegebenen, von Otto Sommer aufgenommenen herrlichen exotischen Pflanzen aus einem Garten zu Berlin-Dahlem stammen. Sehr instruktiv und fesselnd ist der Aufsatz von Prof. S. Schrader über die neu entdeckten Kopien nach Rhindas, die man bei den neuesten Ausgrabungen gefunden hat und die uns dem Rätsel des größten griechischen Bildhauers wieder etwas näher bringen. Karl von Schumacher entwirft ein Bild des bedeutendsten französischen Kolonialmannes, des Marschalls Lyautey und seiner neuesten Schöpfung, der Kolonialausstellung in Paris, deren Pavillons verschiedener Kolonialmächte uns an Probleme gemahnen, die von heute auf morgen auch in Deutschland wieder aktuell sein können. Rudolf Schlichter erzählt ein Jugenderebnis, an das er bei einer Reise nach seiner Heimat beim Anblick des Hohentwiel erinnert wird und steuert dazu drei reizende Federzeichnungen bei.

#### Eine Aufstandsbewegung in Portugal niedergeschlagen

LISBON, 27. Aug. (Tel.) Die Gerüchte über einen Aufstand in Lissabon werden jetzt durch eine Ghabas-Meldung bestätigt, in der es heißt: Zivilisten griffen die Kaserne des 3. Art.-Regts. an, verhafteten einige Offiziere und brachten das Regiment auf ihre Seite. Die regierungstreuen Truppen griffen die in der Kaserne verhafteten Aufständischen an. Der Aufstand ist auf diese Stelle lokalisiert worden. Die Stadt wird von Kavallerie, republikanischer Garde und Maschinengewehrabteilungen durchzogen. Die Regierung beherrscht die Lage vollkommen.

Nach weiteren Meldungen soll auch in der spanisch-portugiesischen Grenzstadt Valencia de Alcantara eine gewisse Erregung unter den dort weilenden politischen Flüchtlingen festzustellen sein. Fernerhin will die Madrider Zeitung „El Sol“ aus Vigo erfahren haben, daß portugiesische Reisende von einer Revolutionsbewegung auch in Porto sprächen, wo die Kaserne gestürmt worden seien. In Lissabon und der portugiesischen Grenzstadt Valencia wäre das Gerücht umgelaufen, Präsident Carmona sei ermordet worden.

Bei den Kämpfen in Lissabon sollen zehn Personen getötet und 43 verletzt worden sein. Man habe sogar Flugzeuge, Schwergeschütze und Tanks einsetzen müssen, um der Bewegung Herr zu werden. Die Aufständischen sollen mit zwei Artillerieregimenten im Einvernehmen gewesen sein und versucht haben, die Unterstützung weiterer Kampfeinheiten zu gewinnen. Nach einem offiziellen Communiqué ist die Ruhe wiederhergestellt.

Nach einem später ausgegebenen offiziellen Bericht der portugiesischen Regierung sei es nach der Lokalisierung des Aufstandes den Aufständischen gelungen, bei Tagesanbruch in vier Flugzeugen zu flüchten. Sie haben an verschiedenen Stellen Bomben abgeworfen. Sie mußten dann in Alentejo landen, wo die Besatzung sich ergeben mußte. Die Stellungen der Aufständigen sind eingenommen. Ein Teil der Besatzung hat sich bedingungslos ergeben, der andere wird von der Polizei verfolgt. Die Regierungstruppen sind Herr der Stadt. Im Lande herrscht Ruhe, sie ist nirgends gestört worden.

#### Untersuchungsverfahren gegen die Washingtoner Polizei

WASHINGTON, 27. Aug. (Neuter). Präsident Hoover hat eine strenge Untersuchung der gegen die Washingtoner Polizei erhobenen Beschuldigung angeordnet, daß sie Personen, die unter irgend einem Verdacht verhaftet worden sind, durch brutale Mißhandlungen zur Aussage zu zwingen suche. Der Beschluß des Präsidenten ist durch den Bericht der Wittersham-Bericht veranlaßt worden, in dem skandalöse Fälle von Mißhandlung von Sträflingen und verhafteten Personen angeführt waren.

#### Eine russische Erklärung zu der Frage des Nichtangriffspattes

Zu der polnischen Note an Rußland verheißt die Telegraphenagentur der Sowjetunion eine Mitteilung, wonach der polnische Gesandte Ratiel am 23. d. M. dem Außenkommissariat ein Dokument übergab, das das im Jahr 1926 vom Sowjetgesandten Witkoff der polnischen Regierung übergebene Sowjetprojekt des Nichtangriffspattes wiederhole. Die Verhandlungen seien wegen der Bedingungen, die Polen stellte, im Jahre 1927 abgebrochen und bisher nicht wieder aufgenommen worden. Das jetzt von Ratiel überreichte neue Dokument wiederhole die alten Bedingungen und füge eine neue hinzu. Das Dokument bedeutet somit nicht einen Fortschritt in den polnisch-sowjetrussischen Verhandlungen, sondern einen Rückschritt.

#### Ruße nach Berlin

Litwinow kommt nach Berlin. Wie wir erfahren, wird außer dem deutschen Vorkämpfer, v. Dierksen, der heute in Berlin eintrifft, für Freitag der russische Volkstommisfar Litwinow erwartet. Er macht auf der Tagung zum Europaanschuh nach Genf in Berlin Station und wird selbstverständlich Gelegenheit nehmen, mit dem Reichsaussenminister über die Probleme zu sprechen, die Deutschland und Rußland augenblicklich besonders interessieren. Es liegt nahe, daß dazu auch die Verhandlungen gehören, die augenblicklich zwischen Rußland und anderen Mächten schweben.

Der bayerische Fehlbetrag von 28,6 Millionen M für 1931 soll nach einem Beschluß des Ministerrats zum Teil durch Erschließung neuer Einnahmen, zum anderen Teil durch weitere scharfe Sparmaßnahmen beseitigt werden. Die neu beschlossenen Einnahmen werden in ihrer Verwendung stark von der gegenwärtigen Not beeinflusst sein, d. h., sie werden zum größten Teil zweckgebunden sein zugunsten der Fürsorgekosten der Gemeinden. Die neuen Maßnahmen werden auf dem Wege der Notverordnung noch im Laufe dieser Woche veröffentlicht werden.

Die Gehaltsabgaben in Sachsen. Infolge der überaus gespannten Kassenlage im Freistaat Sachsen können die sächsischen Beamten und Behördenangehörigen für September zunächst nur ein Drittel ihres Gehalts erhalten. Die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen werden vorläufig zur Hälfte gezahlt.

Der Gemeindearbeiterstreik in Duisburg zusammengebrochen. Die seit Montag in einem wilden Streik befindlichen Arbeiter des städt. Fuhrparks haben heute morgen zum größten Teil die Arbeit wieder aufgenommen.

Streik der Gemeindearbeiter in Düsseldorf. Als Protest gegen die vierprozentige Lohnkürzung der Gemeindearbeiter wurde heute morgen in Düsseldorf der Fuhrpark der Streik proklamiert. Der Aufforderung kam der größte Teil der 650 Mann starken Belegschaft nach. Beim Kanalbauamt ist ebenfalls die gesamte Arbeiterschaft in Stärke von etwa 125 Personen in den Ausstand getreten.

Eine Tageszeitung des Völkerbundes. Am Dienstag erschien in Genf die erste Nummer der Tageszeitung „Journal des Nations“, die sich in erster Linie mit der Tätigkeit des Völkerbundes, des Internationalen Arbeitsamtes und anderer internationaler Organisationen und Institutionen mit dem Sitz in Genf befaßt wird. Das „Journal des Nations“, das unter der Leitung von W. Dring steht, wird eine wissenschaftliche und eine dokumentarische Rubrik aufweisen, für die Spezialisten verschiedener Länder gewonnen wurden.

Einem Großfeuer fielen in Demantsfürth zwei große Wohnhäuser und fünf Scheunen mit allen Einrichtungsgegenständen und landwirtschaftlichen Maschinen zum Opfer. Der Sachschaden beträgt über 200 000 RM. Es liegt offenbar Brandstiftung vor.



## Aus der Praxis eines Fürsorgeamtes

Von städtischer Seite in Karlsruhe geht uns eine weitere Darstellung zu diesem Thema zu, welche die Frage der von auswärtig zugezogenen Hilfsbedürftigen behandelt und damit die Forderung der Städte auf Wiedereinführung des Unterhaltungswohnzweckes begründet.

Unter obigem Stichwort haben wir vor einiger Zeit auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen die Fürsorgeämter in gegenwärtiger Zeit vielfach begegnen, obwohl — zur Ehre der karlsruher Bevölkerung sei dies ausdrücklich gesagt — die überwiegende Mehrzahl der Fürsorgeempfänger zu den anständigen Elementen zählt. Heute sollen nun einige andere Fälle berichtet werden, die ebenfalls die besondere Beachtung der Bürgerschaft verdienen.

Bei der schlechten Wirtschaftslage und der ständig wachsenden, gewaltigen Zahl von Fürsorgeempfängern kann der Zugang Arbeitsloser und Hilfsbedürftiger von auswärtig in die hiesige Stadt nicht mit besonderer Freude begrüßt werden. Im Gegenteil: Die Fürsorgeämter haben Anweisung, den Zugang von Fürsorgeempfängern möglichst abzuwehren, soweit dies innerhalb der gesetzlichen Vorschriften zulässig ist. Welche Erfahrungen hierbei immer wieder gemacht werden, sei an einigen Beispielen gezeigt.

Ein verheirateter Mann mit zwei Kindern, jahrelang in einer größeren Stadt am Rhein wohnhaft, wird dort drohlos. Sofort siedelt er mit seiner Familie nach Karlsruhe, wo er noch nie gewesen ist. Bereits nach einigen Tagen spricht er beim Fürsorgeamt vor und verlangt Unterstützung. Auf die Frage, warum er gerade nach Karlsruhe gekommen sei, antwortet er, er habe geglaubt, in Karlsruhe leichter Arbeit zu bekommen; dann habe er auch gehört, daß „die Unterstützung in Karlsruhe besser“ sei, als in der Stadt, wo er Jahrzehnte anfangs war.

Ein Mann, 40 Jahre alt, aus der Rheinpfalz gebürtig, im Vollbesitz seiner Gesundheit und arbeitslos, macht sich durch lebhaftes Reden in den Gängen des Fürsorgeamtes bemerkbar. Er wird zur Notstandsarbeit zugewiesen. Auch hier fehlt er seinen Redeflüß während der Arbeit fort. Der Vorgesetzte macht ihn darauf aufmerksam, daß er zum Arbeiten und nicht zum Reden da sei. Die Folge ist eine grobe Beleidigung des Vorgesetzten und Entlassung des Arbeiters. Die Unterstützung des Fürsorgeamtes wird eingestellt. Bei der Prüfung seiner Beschwerde wird festgestellt, daß der Mann ledig ist, für niemand zu sorgen hat und keinerlei Verwandte in Karlsruhe besitzt. Auf die Frage, warum er denn gerade in Karlsruhe bleibe, das doch eine besonders große Zahl von Arbeitslosen aufweise, antwortete er, daß es ihm hier gefalle. Zu Hause in seiner kleinen Vaterstadt in der Pfalz, sei im allgemeinen keine Arbeit vorhanden; wenn eine solche geschaffen werde, sei sie schlecht bezahlt. Unterstützung gebe es überhaupt keine. Der wahre Grund dieses Fürsorgeempfängers dürfte wohl der sein, daß er in Karlsruhe einen besseren Wohnort habe für seine radikalen Redeflüße, als in der kleinen Heimatstadt. Er bleibt also in der hiesigen Stadt, und das Fürsorgeamt muß ihn, da es kraft Gesetzes niemanden berühren lassen darf, schließlich, wenn auch so knapp wie möglich, weiter unterstützen.

Ein anderer, fast täglich, in letzter Zeit häufiger Fall: Ein Gewerbetreibender, Angestellter oder sonstwie im Wirtschaftsleben lebender, auswärtig wohnender Mann verlangt schriftlich und mündlich beim zuständigen hiesigen Bürgermeisteramt oder Fürsorgeamt die Zuweisung einer Wohnung in Karlsruhe, abgleich naturgemäß eine Wohnungsbeurteilung nicht vorliegt. Begründet wird der Hierherzug regelmäßig mit ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen und mit der Hoffnung, in Karlsruhe werde sich schon etwas finden. Auf dem Lande sei nichts los und die vielfach nur in Naturalien gemähte Unterstützung sehr gering. Auf die Frage, wer die Kosten der Wohnung bezahle, lautet die Antwort meist, daß das Fürsorgeamt hierfür schon aufkommen werde.

Diese Beispiele, die beliebig erweitert werden könnten, beweisen, daß ein wirksamer Schutz der Gemeinden gegen Zugang von Hilfsbedürftigen nicht besteht.

Es entsteht in all diesen Fällen die Frage: Warum müssen alle diese Personen, die die Stadt Karlsruhe in ihrem Leben noch nie gesehen haben, mit ihr jedenfalls in keiner Weise verknüpft sind, hier unterstützt werden? Warum ist es heute gerade Gemeinden, die wenig oder gar keine Unterstützung gewähren, so leicht möglich, sich dem drohenden Fürsorgeelast zu befreien? Warum ist heute trotz der schärfsten Rechtsprechung nach wie vor die vom finanziellen Standpunkt so vorteilhafte Abwanderung so sehr in Blüte? Warum wird auf diese Weise die Landflucht begünstigt, statt sie zu hindern und den Zug nach dem Lande zu fördern?

Die Antwort lautet: Weil seit Aufgabe des Unterhaltungswohnzweckes (d. h. des Grundzweckes, daß jeder ein Jahr lang in einem Orte einen unterstützungsfreien Aufenthalt nachweisen muß, bevor die Gemeinde zur endgültigen Fürsorge verpflichtet ist), auf Grund des neuen Aufenthaltsprinzips jedermann (von Ausnahmen abgesehen), in irgend einer Gemeinde endgültig „unterstützt“ werden muß, sofern er nur erntet, er wolle dort bleiben.

Wie sich das neue, Treu und Glauben untergrabende Aufenthaltsprinzip für die großen Städte auswirkt, beweist die Tatsache, daß in Karlsruhe auf Grund der Aufhebung des Unterhaltungswohnzweckes allein in der allgemeinen Fürsorge vom 1. August 1930 bis 31. Dezember 1930 nicht weniger als 291 zugezogene Parteien mit 355 Köpfen, und vom 1. Januar 1931 bis 31. Juli 1931 sogar 427 zugezogene Parteien mit 646 Köpfen, insgesamt somit allein in verflochtenen Jahren über 1000 Personen mit einem Aufwand von mehreren Hunderttausend Reichsmark der Stadt zur Last fielen. Der Bevölkerungsgewinn der Stadt Karlsruhe betrug in der gleichen Zeit nur 330 Personen. Die Annahme, daß mit dem geringeren Anwaschen der Großstädte die Zunahme der Hilfsbedürftigen entsprechend sinke, ist somit nicht zutreffend. Im Gegenteil: Je größer die Notlage, desto stärker macht sich nach der Statistik der Zugang und die Belastung der Städte mit Hilfsbedürftigen geltend.

Unverzüglich erscheint daher bei dem heutigen Stand der Gesetzgebung, daß die Fürsorge der Stadt sich in Umfang und Leistung der Fürsorge anderer Städte angleicht, jedenfalls aber nicht darüber hinausgeht. Notwendig erscheint weiter eine Änderung des derzeitigen Aufenthaltsprinzips dahin, daß erst nach einem unterstützungsfreien Aufenthalt von mehreren Monaten die endgültige Unterstützungsfrist einer Gemeinde begründet wird. Denn eine Vermehrung der Einwohnerzahl und damit noch eine stärkere finanzielle Belastung der so schwer kämpfenden Städte durch Zugang von Arbeitslosen und Fürsorgeempfängern wird und kann niemand wünschenswert finden.

## Badischer Teil Aufhebung der Verordnung über die Ausreisegebühren

Die Reichsregierung hat auf Grund der §§ 3, 4 der Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen vom 18. Juli 1931 beschlossen, die Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen vom 18. Juli 1931 mit Wirkung vom 26. August 1931 an aufzuheben.

Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:  
§ 1  
Die Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen vom 18. Juli 1931 tritt mit Wirkung vom 26. August 1931 außer Kraft.

§ 2  
Bereits entrichtete Gebühren werden nur erstattet, wenn die Grenze bis zum Ablauf des 26. August 1931 nicht überschritten ist.

## Moderne Polizeiorganisation

Von Ministerialrat Dr. Barz, Karlsruhe

Wie in andern deutschen Ländern, haben Gründe der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Baden dazu geführt, aus sicherheitspolizeilichen Gründen die Handhabung der Ortspolizei in immer weiteren Gemeinden in die staatliche Hand zu nehmen, und zwar auch da, wo eine staatliche Verwaltungsbehörde (Bezirksamt oder Polizeidirektion) an demselben Ort nicht bestand oder nicht besteht. Dieses System der **detachierten Polizeibezirke** ist in Preußen zunächst in der Form des **Außen-Bezirksamtes** im Ruhrgebiet erprobt worden, und es hat sehr bald auch im sächsischen und schlesischen Industriegebiet Eingang gefunden. Heute ist diese Organisationsform als „Außenpolizeistystem“ allgemein auch außerhalb Preußens anerkannt. Auch wir in Baden haben beispielsweise für den Polizeibezirk **Durlach** bei Karlsruhe und neuerdings für **Singen a. S.** von diesem System Gebrauch gemacht. Dabei konnte bei den einfacheren Verhältnissen, die wir in Baden haben, gleichzeitig auch ein anderer moderner polizeilicher Entwicklungsgedanke Beobachtung finden, d. h. die **Dezentralisation** von Polizeiverwaltungsgeschäften in die Exekutive selbst. Mag dieses Fortschreiten polizeilicher Entwicklung auch manchem Anhänger alter Polizeiformen eigenartig und vielleicht etwas früh erscheinen, das neue System hat für sich die Genügsamkeit sicherheitspolizeilicher Bedürfnisse in einfacher und damit billiger Form und bringt zugleich eine wesentliche Erleichterung für den notwendigen Verkehr der Bevölkerung mit der Polizei. Es dürfte deshalb von allgemeinem Interesse sein, diese Einrichtungen an dem Beispiel des Polizeibezirks **Singen a. S.** einmal öffentlich näher darzulegen.

In **Singen a. S.** (Amtsbezirk Konstanz) ist die Ortspolizei mit dem 1. Juni 1931 in staatliche Verwaltung übernommen worden. Es ging damit, entsprechend den Bestimmungen des badischen Polizeigesetzes, die örtliche Polizei auf den Gebieten der Sicherheit und Ordnung, der Sittlichkeit, des Straßenverkehrs, der Reinlichkeit und des Gewerbes auf das Bezirksamt Konstanz über. Hiernach wäre die Bevölkerung in Singen in vielfachen Angelegenheiten, deren Erledigung bisher örtlich das Bürgermeistereiamt besorgen konnte, an das Bezirksamt Konstanz vermießen gewesen. Die Bahnverbindung von Singen nach Konstanz beträgt 81 Kilometer. Es wurde deshalb bei der Verteilung der Aufgaben der Gemeindeverwaltung Singen mit guten Gründen der Wunsch geäußert, in weitestmöglichem Umfang Verwaltungsgeschäfte der Polizei auf den Polizeibezirk Singen zu dezentralisieren, und es ist seitens der staatlichen Verwaltung diesen begründeten Wünschen so wohl für ortspolizeiliche wie für bezirkspolizeiliche Aufgaben möglichst entgegengekommen worden. So wurden dem Polizeihauptmann in Singen, neben seinen sicherheitspolizeilichen und inwendigen Aufgaben, beispielsweise übertragen: Entgegennahme von Anträgen auf Erteilung von Pässen, Heimplatzkarten, Staatsangehörigkeitsausweisen, Gewerbelegitimationskarten, Fischerkarten, Jagdpässen usw., Erteilung von Waffenerlaubnissen und Längerlaubnissen nach bestimmten vom Bezirksamt Konstanz aufgestellten Richtlinien, Polizeistundenverlängerung in gewissen Umfang, Anabme von Kraftfahrzeugen, Ausstellung von Führerscheinen und Ergänzungen, Entgegennahme von Anträgen auf Erteilung von Waffenscheinen, Ausstellung von Dauerbewilligungen für den kleinen Grenzverkehr, strafpolizeiliche Erlaubnisse, Entgegennahme von Rechtsmittelklagen usw. Da die Polizeibeamten des Polizeibezirks Singen auch gebührenpflichtige Verwarnungen in Strafsachen erteilen und der Polizeihauptmann auch für mündliche Verwarnungen in Strafsachen zuständig ist, so frage ich vielleicht mit Recht nach dem Bedürfnis des Singener Bürgers, in Polizeisachen nach Konstanz zu reisen!

Es ist schon angebeutet worden, daß alle diese Kompetenzen vom Polizeihauptmann in Singen nach Richtlinien, die das Bezirksamt Konstanz aufzustellen und zu verantworten hat, ausgeübt werden. Es ist aber auch naturgemäß, daß diese Verwaltungsfunktionen, soweit sie nicht den einzelnen angehen, entsprechend dem örtlichen Bedürfnis — als staatliche Ortspolizei — zu handhaben sind. Im übrigen gehört der Polizeibezirk zur Polizei Konstanz, deren Exekutivteil er ist. Die Polizeibeamten in Singen finden deshalb auch für ihre Arbeit, insbesondere in sicherheitspolizeilicher Beziehung, ihre Stütze und ihren ersten Rückhalt in den konstanzer Exekutivbeamten, sofern und solange nicht etwa eine weitere Verstärkung aus der nächsten Polizeibereitschaft erfolgen muß.

Der Grundgedanke der Dezentralisation von Polizeiverwaltungsgeschäften in die Exekutive ist übrigens nicht allein auf den detachierten Polizeibezirk beschränkt, sondern er wird auch mehr und mehr an allen anderen Polizeibereitschaften durchgeführt werden können, indem hier gewisse Funktionen an die Inspektionen und Revierwachen abgegeben werden. Es ist zweifellos, daß durch den mehr und mehr sich durchsetzenden Dezentralisationsgedanken die zentrale Polizeiverwaltung wesentlich entlastet und rationalisiert werden kann. Dabei wäre wohl auch zu erwägen, ob nicht die notwendige Vereinfachung der Verwaltung Baden wie anderer Länder dazu führen wird, auch auf die Gendarmeriebezirke (Gendarmeriehaupt- und Nebenstationen) gewisse einfache Geschäfte zu dezentralisieren.

## Öffentliche Belohnung

Der Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden hat den Feuerwehrmann **Karl Scherer** in Karlsruhe, der am 7. Mai 1931 die Ehefrau und 2 Kinder im Alter von 2 Jahren und 9 Monaten des Lokomotivführers Gerbrach in Karlsruhe vom Tode des Ertrinkens in den vom Hochwasser überfluteten Jauterbrunnbach zwischen Ruppurt und Scheibenhart errettet hat, für sein entschlossenes und opferwilliges Handeln bei diesem Rettungswerk eine öffentliche Belohnung ausgesprochen.

## Beginn der parlamentarischen Arbeit

Als Auftakt zur außerordentlichen Tagung des Badischen Landtags, die bekanntlich am 7. September ihren Anfang nimmt, tritt die Fraktion des badischen Zentrums am 1. September, vormittags 9 Uhr, zu einer Fraktionsitzung zusammen, in der sie sich mit den Vorbereitungsarbeiten zu den kommenden Plenarverhandlungen des Landtags beschäftigt wird.

## Rebblausherde in Baden

Bei den diesjährigen, kolonnenmäßigen Rebblausuntersuchungen wurden, wie wir der Fachzeitschrift „Weinbau und Kellerwirtschaft“ entnehmen, in den Gemeinden Fischingen, Garingen, Schallbach, Bingen, Kirchhofen und Pfaffenweiler in der Markgrafschaft 20 neue Rebblausherde festgestellt. Mit weiteren Versuehungen war nach dem heißen Sommer 1929 in diesen Gemeinden, in denen die Rebblaus schon weit um sich gegriffen hat, zu rechnen. Zwei weitere, ziemlich weit auseinanderliegende Versuehungen mit zusammen 57 rebblausverkeuchten Stöcken wurden in Zell-Weierbach in der Ortenau bei Offenburg aufgedeckt, ein Herd in der großen Rebgemeinde Durbach im Gemann Egersbach, das glücklicherweise am Rande des Rebgebiets gegen den Schwarzwald gelegen ist, und ein Herd in Junsweiler.

## Aus der Landeshauptstadt

**Sportliche September-Veranstaltungen.** Neben dem I. Ringturnier um die deutsche Meisterschaft im Karlsruher Rheinstrandbad (Mappenviert) am 6. September nach dem Ersten Südwestdeutschen Freiballon-Wettbewerb mit Flugveranstaltungen des Badisch-Pfälzischen Luftfahrtvereins am 13. September stehen noch andere bedeutende sportliche Veranstaltungen in der Landeshauptstadt bevor, die als Auftakt zu den „Karlsruher Herbsttagen“ gelten können. Im Anschluß an den kürzlich mit großem Erfolg gemeinsam durchgeführten Groß-Staffellauf Karlsruhe-Mappenviert haben die turnerischen und leichtathletischen Spitzenverbände im Kreis Mittelbaden auf dem Wege der Zusammenarbeit beschlossen, mit einer größeren Bahnveranstaltung an die Öffentlichkeit zu treten. Am 12. September (nachmittags 5 Uhr), findet im Hochschulstadion der **Gautamp Deutsche Turnerschaft: Deutsche Sportbehörde** statt, ein Wettkampfergebnis, dem man mit Spannung entgegensehen darf. Die besten trainierten Kräfte beider Verbände werden in zwölf Kampfabteilungen antreten. Ferner wird Karlsruhe am 27. September Mittelpunkt der vom **Deutschen Reichs-Auto-Club** im Rahmen einer Reichsveranstaltung ausgeschrieben **Schwarzwald-Gelände-Zweirädersport** (Start und Ziel in Karlsruhe) sein. Die Teilnahme ist für alle Automobilisten und Motorradfahrer in Deutschland offen. Ab Karlsruhe führt die Fahrstrecke durch die Rheinebene über Gaggenau-Baden-Baden-Bühl-Wägen-Oberkirch-Allerheiligen-Mühlstein-Naumburg-Schwarzenbach-Sperre-Blättig-Sand-Baden-Baden-Gernsbach-Herrenalb-Karlsruhe; insgesamt 210 Kilometer auf Bergstraßen bis zu 1200 Meter Höhe. Für Ende September (27. September) sind bekanntlich die **Karlsruher Herbst-Staffellaufe** im Wildpark-Stadion angelegt.

**Aus dem Schöffengericht.** Wegen fittlicher Vergehen im Sinne der §§ 174 Ziff. 1 und 175 verurteilte das Schöffengericht den vorbestraften, 48 Jahre alten Musiklehrer **Walter** aus Gaußach zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. — Wegen teils erschwerter, teils einfacher Diebstähle erhielt der 23jährige, ledige Arbeiter **W. Seidel** aus Neuenhagen 1 Jahr 7 Mon. Gefängnis, und der 23jährige **F. Rehahn** aus Halle 6 Mon. Gefängnis. Die Angeklagten hatten in Kartung und in Pforzheim aus zwei Wohnungen Bargeld und Wertgegenstände gestohlen und im Mai in Baden-Baden einer Dame auf der Straße die Handtasche, die nur geringe Wertgegenstände enthielt, entwendet.

**Strafen wegen Verstöße gegen die Rotterordnung.** Der kommunistische Landtagsabgeordnete **Böning** wurde heute vom Einzelrichter beim Amtsgericht Karlsruhe wegen Vergehens gegen die Rotterordnung des Reichspräsidenten vom 28. März zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte am 30. April ohne polizeiliche Genehmigung in der Schrempfischen Wirtschaft eine von der revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufene Arbeitslosenversammlung geleitet, in der er als Redner auftrat und gegen den Lohnabbau und die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung sprach. — Der Hauptorganisator des „Führer“, **Dr. Wader**, wurde vom Amtsgericht Karlsruhe zu einer Geldstrafe von 50 M rechtskräftig verurteilt, weil er als verantwortlicher Schriftleiter am 10. April 1931 auf der ersten Seite des „Führer“ eine Versammlungsankündigung der nationalsozialistischen Ortsgruppe Karlsruhe aufgenommen hatte, die gegen die Rotterordnung verstoßen hat.

**Ein schwerer Verkehrsunfall** ereignete sich zwischen der Kronen- und Adlerstraße. Ein 15jähriger Baderlehrling, der ein Kohlenfuhrwerk mit seinem Fahrrad überholte, wurde von einem ebenfalls überholenden Personenauto erfaßt und zur Seite geschleudert. Der junge Mann kam unglücklicherweise unter die Pferde des Kohlenfuhrwerks zu liegen und wurde durch Auftritte schwer verletzt. Es besteht Lebensgefahr.

**Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus.** Die moderne Schlager-Operette „**Reppina**“ von Robert Stolz, die in Berlin und Frankfurt mit großem Erfolg gegeben worden ist, gelangt heute abend unter der musikalischen Leitung von Bruno Hilzer zur Erstaufführung. Die Operette, die von Emil Reihner inszeniert wurde, ist für Karlsruhe eine Neuheit. In den Hauptrollen sind beschäftigt: die Damen **Kanz, Seibold a. G., E. Ribinius** und die Herren **Leberer, Schmitz, Macher** und **Löfer**. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

**Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe** von heute morgen: Ein großes Hochdruckgebiet hat sich auf dem europäischen Kontinent verlagert. Unter seinem Einfluß haben wir bis auf weiteres trockenes Wetter zu erwarten. Die tiefen Temperaturen, die gegenwärtig noch in unserem Gebiet herrschen und nächtliche Ausstrahlung haben heute früh im ganzen Lande Reibelbildung zur Folge gehabt. — **Voraussetzung:** Morgennebel; am Tage heiter und trocken, aber noch kühl.

## Handel und Wirtschaft Devisennotierungen der Reichsbank

	27. August		24. August	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	169.75	170.09	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	112.51	112.73	—	—
Italien . . . 100 L.	22.02	22.06	—	—
London . . . 1 Pf.	20.461	20.501	20.449	20.489
New-York . . 1 D.	—	—	—	—
Paris . . . 100 Fr.	—	—	16.49	16.53
Schweiz . . . 100 Fr.	81.81	82.67	81.92	82.68
Wien 100 Schilling	59.15	59.27	59.16	59.28
Prag . . . 100 Kr.	12.471	12.491	—	—



## Gemeinderundschau Um den Neubau der Mannheimer Ortskrankenkasse

Wir veröffentlichten vor einigen Tagen einen Artikel, der die Stellungnahme des Kartells der Mannheimer Arbeitgeberverbände zu dem im Gang befindlichen Neubau der Allgem. Ortskrankenkasse Mannheim enthält. Die Darstellung ist lückenlos, weshalb aus objektiven und Gerechtigkeitsgründen es erforderlich ist, daß die Erwiderung des Vorstandes der Allg. Ortskrankenkasse Mannheim bekanntgegeben wird. Die Erwiderung ist in der „Neuen Mannheimer Zeitung“ vom 18. Aug. 1931 erschienen und hat folgenden Wortlaut:

„In dem Neubau, der von der Allg. Ortskrankenkasse an der Friedrich-Ebert-Brücke gegenwärtig errichtet wird, wird nicht nur die Verwaltung der Allg. Ortskrankenkasse untergebracht, sondern auch die der Ortskrankenkasse für Handelsbetriebe mit 17 000 Mitgliedern und die Kontrollstelle Mannheim der Landesversicherungsanstalt Baden. Diese beiden Körperschaften benötigen je ein Drittel eines Stockwerkes. Daß es für Arbeitgeber und Versicherte ein Vorteil ist, wenn mehrere Versicherungsträger nahe beisammen erreicht werden können, ist allseits anerkannt worden. Der Anteil der persönlichen Verwaltungskosten an den Gesamtausgaben beträgt 7,25 v. H. Es ist bekannt, daß bei Innungs- und Erbschaften dieser Anteil in der Regel viel höher ist. Kom Zinsendienst wird die Allg. Ortskrankenkasse nicht allein beauftragt, sondern die Mieter von Räumen im Neubau tragen den entsprechenden Anteil. Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse in Mannheim hat nie anerkannt oder zum Ausdruck gebracht, daß zur Zeit das alte Gebäude und der dafelbst untergebrachte Betrieb vollständig seinem Zweck genügt und ausreichend ist.

Die Körperschaften und Geldinstitute, die der Allg. Ortskrankenkasse Mannheim Baudarlehen in Aussicht gestellt oder sich schriftlich für die Darlehenshingabe verpflichtet haben, haben bisher keine Mitteilung an den Kassenvorstand gelangen lassen, daß ihnen die Darlehenshingabe nicht mehr möglich ist. Bekannt ist aber dem Kassenvorstand, daß sich das Vorstandsmitglied, Syndikus Elsäßer, bemüht, zu erreichen, daß die Darlehen nicht gewährt werden. Auch in der Zuschrift kommt dies deutlich zum Ausdruck.

Die Errichtung einer Zahnklinik haben die Organe der Allg. Ortskrankenkasse beschlossen, nachdem ihnen bekanntgeworden war, welche Vorteile eine solche für die Kassenglieder und für die Kasse bietet. Die Behauptung aber, daß sofort 16 Stühle gestellt werden, kann der Artikelschreiber nicht beweisen. Kassenzahnkliniken sind zuerst von Betriebskrankenkassen errichtet worden. Auch die Betriebskrankenkasse der J. G. Farben, Ludwigshafen, hat seit vielen Jahren eine Zahnklinik, die nach Angaben der Direktion recht segensreich wirkt und rentiert. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß die Zahnklinik der Allg. Ortskrankenkasse Mannheim mit 50 000 Mitgliedern ebenso rentabel arbeiten wird, wie die der Betriebskrankenkasse der J. G. Farben, Ludwigshafen, mit 18 000 Mitgliedern.

Inwiefern neben der Zahnklinik und einem diagnostischen Röntgen-Institut andere Eigenbetriebe eingerichtet werden, werden die Organe der Kasse nochmals prüfen. Die Behauptung, daß Selbstabgabestellen für optische und orthopädische Artikel vorgezogen sind, hat sich der Artikelschreiber aus den Fingern gezogen. Niemals ist von den Organen der Kasse eine solche Anregung gegeben oder sind entsprechende Beschlüsse gefaßt worden. Der Vorschlag des Arbeitgeberkartells, die Arbeiten am Neubau einzustellen, stellt eine Ungeheuerlichkeit dar, die, wenn ihr stattgegeben würde, der Allg. Ortskrankenkasse großen finanziellen Schaden bringen würde.“

Zusammenkunft der Gemeindegemeinderäte. Unter dem Vorsitz von Landrat Dr. Pfaff fand am Montag im Weinheimer Rathaus eine Zusammenkunft der Gemeindegemeinderäte des Amtsbezirkles Weinheim statt. Besprochen wurden Fragen der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsfürsorge. Es sollen bereits jetzt Maßnahmen für den kommenden Winter ergriffen werden, hauptsächlich durch Lebensmittel und Kleingeldausgaben seitens der Gemeinden an Bedürftige. Der Rest der Besprechung galt der Milchversorgung und der Fleckwuchsigkeit.

## Kurze Nachrichten aus Baden

**W. Heidelberg, 26. Aug.** Unter Hinzuziehung eines Landwirts haben jetzt am Elauwehr bei Heidelberg-Weiblingen die letzten größeren Aufräumungsarbeiten zur Beseitigung der Hochwassertrümmer vom 8. Mai begonnen. Sie dürften noch längere Zeit in Anspruch nehmen und mindestens 10 000 RM neue Kosten verursachen. Was dort vor den Pfeilern liegt, sind in der Hauptsache noch Reste eines großen Bootsmutter-schiffes und der vielen Sportboote, die in seinem Innern aufbewahrt worden waren.

**W. Weinheim, 26. Aug.** Am Montag begingen die Eheleute Johann Gump II. das seltene Fest der diamantenen Hochzeit.

**W. Mosbach, 25. Aug.** Die Lokomotiv- und Maschinenfabrik Gemeinder AG. in Mosbach, die vornehmlich Koloniallokomotiven baut, stellt auf der Pariser Kolonialausstellung eine Lokomotive aus, die das Volksmunste auf diesem Gebiete darstellt. Es ist gleichzeitig die einzige deutsche Maschine, die von den Franzosen auf der Ausstellung zugelassen wurde. Sie wurde bereits von einer französischen Firma angekauft, die auf der Ausstellung eine Bahn betreiben wird. Die Firma hat außer Frankreich auch bereits Rußland beliefert.

**W. Baden-Baden, 26. Aug.** Nach Berliner Blätterstimmen ist der dortigen Presse am Montag eine mysteriöse Postkarte mit dem Baden-Badener Poststempel zugegangen, die evtl. eine Spur des „Hinterboger Eisenbahnattentäters“ enthält. „Erhält Attentäter bei Selbstmord die 100 000 M. ??“ steht in dem Text der Postkarte. Es wird weiter ein neues Attentat bei Kehl angekündigt. Die Polizei hat sofort die notwendigen Nachforschungen ergriffen. Die spärlichen Unterlagen gestalten die Arbeiten der Behörden außerordentlich schwierig, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, der Angelegenheit auf den Grund zu gehen. Es kann im Augenblick noch nicht gesagt werden, ob es sich tatsächlich um eine Spur des Attentäters handelt oder ob eine Justifikation vorliegt.

**W. Baden-Baden, 26. Aug.** Eines der prominentesten Mitglieder des englischen Oberhauses, das als Lord-Präsident des geheimen Rates des Königs der oberste englische Richter ist, Lord G. A. Parmoor, ist in Baden-Baden zur Kur eingetroffen. Lord Parmoor steht im 80. Lebensjahre.

**W. Kehl, 25. Aug.** Das Pionierdenkmal, welches anlässlich des Pioniertages am nächsten Sonntag eingeweiht werden soll, ist nunmehr fertiggestellt und aufgestellt worden. Das Denkmal von 1870/71 vor der Christuskirche im ehemaligen Dorf Kehl, von welchem Angehörige der französischen Besatzung nach ihrem Einzug mit brutaler Gewalt den Pionier heruntergerissen hatten, konnte wieder aufgestellt werden, nachdem die Württembergische Metallwarenfabrik die Figur des Pionier wieder ausgebeißert hatte. Zu der Einweihungsfeier wird mit einer Beteiligung von etwa 3000 Kameraden gerechnet.

**W. Kehl, 26. Aug.** Die andauernden schweren Regenfälle der letzten Tage haben ein starkes Steigen aller Wasserläufe zur Folge gehabt. So führt der Rhein hier seit zwei Tagen Hochwasser und hat wieder einmal — zum achten Male in diesem Jahre — das gesamte Rheintal bis zu den Dämmen überflutet. Der hohe Wasserstand hatte auch eine starke Verkehrsstörung in der Oberreinhafschiffahrt zur Folge, da die von Basel kommenden Schiffe hier die Rheibrücke nicht passieren können.

**W. Lahr, 26. Aug.** Das Befinden des Sparkassendirektors Dr. Meißner ist zufriedenstellend. Nachdem ein Transport keine direkten Gefahren mehr in sich barg, wurde Dr. Meißner ins Bezirkskrankenhaus überführt, woselbst eine Montagenaufnahme gemacht wurde, die den Sitz der Niere feststellte, so daß wohl bald der operative Eingriff vorgenommen werden kann.

**W. Ettenheim (bei Emmendingen), 25. Aug.** Gestern mit tag war von noch unbekannten Täter ein Radfahrer auf die Schiene der Rebenbahn Ettenheim-Dehweier gelegt worden, wodurch die Lokomotive des Zuges 13, der um 14.05 die Station Münchweiler verläßt und um 14.14 Uhr in Ettenheim eintrifft, mit den Hinterrädern aus den Schienen gehoben worden. Infolge des Unfalles erlitt der Bahnbetrieb eine längere Störung, und der Personenverkehr mußte mittels Kraftwagen aufrecht erhalten werden. Der Täter konnte

noch nicht ermittelt werden. Die Lokomotive wurde beschädigt, der Sachschaden ist jedoch gering.

**W. Freiburg, 26. Aug.** Der Besitzer der Münzapotheke, Apotheker Heinz Dorff, ein gebürtiger Kölner, hat in der vergangenen Nacht seinem Leben durch Einnahme von Gift ein Ende gemacht. Finanzielle Schwierigkeiten sollen den in Freiburg angesehenen Mann in den Tod getrieben haben.

**W. Weil a. R., 25. Aug.** Der Gemeindevorordnete Georg Strich ist aus der kommunistischen Partei ausgetreten. An seine Stelle ist Philipp Ruch in den Bürgerausschuß eingetret.

**W. Neustadt i. Schw., 26. Aug.** In Kapstadt (Südafrika) ist dieser Tage der 77 Jahre alte Josef Müller von Oberbränd (Amt Neustadt) gestorben. Er ist der Stifter der Kriegergedächtniskirche in Oberbränd, die noch im vorigen Jahre in seiner Gegenwart eingeweiht worden war. Müller hatte es im fernen Afrika zu bedeutendem Wohlstand gebracht.

**W. Wehr (Amt Säckingen), 25. Aug.** Auf der Eisenbahnstrecke Frankfurt (Main) — Niederrad wurde ein Mann aufgefunden, der sich von einem Zug hatte überfahren lassen. Es handelt sich um einen 22 Jahre alten Koch aus Wehr in Baden, der seit Weihnachten 1930 arbeitslos ist.

**W. Donaueschingen, 25. Aug.** Brauereidirektor Sime scheidet nach 34jähriger Tätigkeit in der Fürstl. Fürstenbergischen Brauerei aus, um nach München überzuwechseln und dort seinen Lebensabend zu verbringen. Die Haupttätigkeit des Brauereidirektors Sime bestand in der technischen Leitung des Betriebes, in der er sich wesentliche Verdienste erwarb. Der äußere Erfolg seiner Tätigkeit entsprach der intensiven inneren Umgestaltung. So konnte der Ausstoß von jährlich 30 000 Hektoliter nach und nach auf 150 000 Hektoliter im vorigen Geschäftsjahr gesteigert werden.

**W. Titisee, 25. Aug.** Gestern nachmittag stieß beim Kaffeegreiner ein Postauto mit einem in Richtung zum See fahrenden Öffentwagen aus Neustadt zusammen. Beide Wagen wurden schwer beschädigt. Die Insassen erlitten nur Hautabrisse.

**W. Singen a. S., 25. Aug.** Das Amtsgericht Singen verurteilte den SA-Führer der Singener Nationalsozialisten, Kaufmann Walter Weese, wegen Verstoßes gegen die Verordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen zu 3 Monaten Gefängnis. Die SA-Singen hatte unter Führung von Weese einen Marsch nach Gailingen unternommen und dabei das Kampflied gegen Bürgermeister Dr. Kaufmann gesungen.

**W. Niederufern, 26. Aug.** Eine große Überraschung erlebte hier der Schreiner Frit Hofmann, der im letzten Kriegsjahr im Nahkampf von einem Amerikaner aus nächster Nähe durch einen Brustschuß schwer verwundet worden war. Der Amerikaner hatte damals das Gepäck des Schwerverletzten an sich genommen. Nunmehr hat dieser Amerikaner sämtliche Sachen dem Eigentümer zurückgeschickt und ein herzlich gehaltenes Begleichensreiben beigelegt. Es ist dies wohl ein einzig dastehender Fall.

**W. Insel Reichenau, 25. Aug.** Zu dem Unglücksfall auf dem Gnadensee wird uns noch gemeldet: Das tragische Verbrechen hat eine rasche Aufklärung gefunden. Herr Treffahn hat seiner Arbeitgeberfirma schriftlich von seinem tragischen Vorhaben Kenntnis gegeben und die Bitte ausgesprochen, für den Fall des Auffindens der Leichen, diese im örtlichen Friedhof zu Reichenau zu bestatten. Es ist also nicht daran zu zweifeln, daß Herr Treffahn mit Frau und Kind freiwillig in den Tod gegangen ist. Der Beweggrund zu dieser Tat ist wohl in dem schmerzlichen Reueleiden der Frau Treffahn zu suchen, welche bis vor kurzem im psychopathologischen Institut in Tübingen zur Heilung untergebracht war. Die Leichen konnten bis jetzt noch nicht aufgefunden werden.

**W. Konstanz, 25. Aug.** Dieser Tage sind in St. Gallen zwei Reichsdeutsche verhaftet worden, die dort schon wiederholt Herren- und Damentleiderstoffe zu auffallend billigen Preisen verkauft hatten. Die Kreuzlinger Polizei fand heraus, daß die beiden die Ware in einem Konstanzener Auto nach St. Gallen gebracht hatten. Auf die Spur der Täter hingewiesen, konnte die Grenzpolizei am vergangenen Samstag abermals drei Schmuggler verhaften, die wieder eine Menge Stoff und Wäsche über die Grenze schmuggeln wollten. Auch am Sonntag wurde ein Auto mit ähnlicher Ware angehalten. Es handelt sich um eine größere Schmugglerbande. Die Ermittlungen gehen weiter.

**Wir empfehlen unseren Mitgliedern!**

<b>Kartoffeln</b> neue gelbe . . . . . Pfund	<b>3 Rpf.</b>
<b>Tomaten</b> . . . . . Pfund	<b>14 Rpf.</b>
<b>Büchlinge</b> . . . . . Pfund	<b>38 Rpf.</b>
<b>Fildersauerkraut</b> Ia Qual. Pfund	<b>12 Rpf.</b>

**Spezialität:**

Prima gekocht. <b>Saftschinken</b> <sup>1/4</sup> Pfund	<b>44 Rpf.</b>
---	----------------

<b>Tafeläpfel</b> . . . . . Pfund	<b>14 Rpf.</b>
<b>Süße Trauben</b> . . . . . Pfund	<b>28 Rpf.</b>

Warenabgabe nur an Mitglieder! 3.375

## Lebensbedürfnisverein

Der Verwaltungsrat der Evangel. Diakonissenanstalt in Karlsruhe hat hier den Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Krankenhauses auf dem Anwesen Diakonissenstraße 28 in Karlsruhe-Rüppurr gem. § 30 der Gew.O. und § 34 bis 36 der Bad. Volkz.G.O. hierzu gestellt. Dies bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen beim Bezirksamt — Polizeidirektion — binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als veräußert gelten. Während der obengenannten Frist liegen Pläne und Beschreibungen beim Bezirksamt — Polizeidirektion, Zimmer 43 — zur Einsichtnahme auf. R. 610 Karlsruhe, den 26. August 1931. D. 3. 53 Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B.

**Gute Existenz**  
Verdienst 40-50 RM wöchentlich durch Adressen schreiben (Heimarbeit). Eilangebote an den Adressenverlag Emil Feuring, Remscheid-Vieringh., Hammerstr. 21a. Tel. 3326. Rückporto beilegen. L. 376

B. 120. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Rosenbergs & Schindler hier, wurde an Stelle des Herrn Eisele Herr Bucherebitor Riß, Karlsruhe, Hans-

Thoma-Str. 5, ernannt. Karlsruhe, den 22. August 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.



**Gommer-Operette  
im Stadt. Konzerthaus**

Freitag, 28. August 1931

**Die lustige Witwe**  
Operette von Franz Lehár

Dirigent: Stern  
Regie: Reifner

Mitwirkende:  
Löfer, Janl, Racher, Jesner, Hertenstein, Schneiß, Schnitzer, Kurr, Mehner, Ziegler, G. Rindemann, E. Ribinius, Reifner, G. Ribinius, Cortiaux, Molschmann, Hellmuth, Lubach, G. Rindemann, Köhler

Anfang 20 Ende nach 22',  
Preise 1-4 RM

Ca. 29. 8. Peppina. So.  
30. 8. Peppina.

## Öffentliche Sparkasse Reilingen

**Bilanz auf 31. Dezember 1930**

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand . . . . .	6 836,08	Spareinlagen . . . . .	198 065,63
Guthaben bei Girozentrale und Postsparkamt . . . . .	32 307,72	Aufwertungs-spareinlagen . . . . .	35 748,66
Darlehen auf Hypotheken . . . . .	131 965,—	Giroeinlagen . . . . .	22 230,65
Darlehen an Giroeinleger — Kontouberziehung — . . . . .	283,48	Anlehensschulden . . . . .	15 935,—
Darlehen auf Schuldschein . . . . .	84 984,50	Ausgabenrückstände . . . . .	1,—
Aufwertungsfordernngen: . . . . .		Rücklagen — gefehl. Reservefonds — . . . . .	13 139,35
a) Kapitalien 17 311,69 RM		Reingehörrinn vom Jahre 1930 . . . . .	5 140,75
b) Fehlbetrag 10 741,20 RM	28 052,89		
Einnahmerückstände . . . . .	5 815,37		
Gerätschaften . . . . .	16,—		
	<b>290 261,04</b>		<b>290 261,04</b>

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 220 296,— RM Einlagen . . . . . = 17 623,68 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . . . . . = 18 280,10 RM  
Somit mehr . . . . . 656,42 RM

Reilingen, den 25. August 1931. R. 609

<b>Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:</b> Eichhorn.	<b>Der Geschäftsleiter:</b> R. 609.
--	--

## Wir werben für Sie!